

Hamburgr Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Hamburg, den 19. Februar 1921

Abzügen kosten die sechsgehaltene Non-
pareille oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzufinden.)
Verbandsabzügen 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Der Erwerbtrieb.

Das stärkste Trieb, den wir im menschlichen Zusammenleben der Gegenwart beobachten, ist der Erwerbtrieb. Er ist der Trieb, etwas zu haben, etwas zu besitzen. Er ist der Trieb, die Gaben, die überall nach Gewinn zu suchen sind, zu sammeln und zu verwalten. Er ist der Trieb, der kapitalistischen Wirtschaftsweise den Weg auf. Ein echter Kapitalist ist nicht damit zufrieden, daß er sein gutes Auskommen hat, er will darüber hinaus noch Kapital ansammeln, um immer reicher zu werden; er will sein Unternehmen erweitern, um immer neue Ausbeutungsmöglichkeiten zu schaffen. Nicht selten haben wir Kapitalisten, die für ihre Person nur geringe Ansprüche ans Leben stellen, die persönlich viel einfacher und beschwerlicher leben als ein gut bezahlter Angestellter, sie aber, getrieben von der Sucht, immer reicher zu werden, Tag und Nacht darauf bedacht sind, ihr Vermögen zu vergrößern. Wie im Unendlichen hinein wollen sie ihre Unternehmungen ausdehnen, nirgends findet ihre Erwerbstätigkeit eine Grenze; auch der Tod macht ihnen Jagd nach Reichtum nicht ab. Und dann steht ihr Leben in der Gefahr, denn das Kapital ist kein Mittel zum Zweck, es ist ein Zweck an sich. Man nennt deshalb den Kapitalismus mit Recht eine Erwerbswirtschaft, weil nicht die Sorge für andere Menschen, oder für das Gemeinwohl, den Zweck unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, der Erwerbtrieb ist die Quelle, aus der sie entspringt. Das ist auch eine unerschöpfliche Aufgabe: Ein Bauer baut nicht deshalb Korn oder Kartoffeln, damit seine Nebenmenschen davon essen haben, sondern lediglich deshalb, um möglichst viel Geld zu verdienen; ein Schuhwarenfabrikant läßt Schuhe herstellen, nicht in der Absicht, das barfußlaufende Publikum mit Fußbekleidung zu versorgen, sondern um die Schuhe möglichst teuer zu verkaufen, und auch ein Theaterunternehmer denkt weniger daran, Kunst und Kultur zu verbreiten, die Hauptabsicht ist für ihn, daß möglichst hohe Ueberschüsse herauszufragen. Alles das erscheint uns so selbstverständlich, daß wir die meisten Menschen einfach mit einer Erwerbswirtschaftsordnung abfinden. In der der Grundsatz gilt: „Geld verdienen ist groß geschrieben — vom Geldverdienen muß der Schwornstein rauchen!“ Ja, es gibt sogar Leute, die da meinen, der liebe Herrgott habe dies alles so eingerichtet und die deshalb von einer göttlichen Weltordnung sprechen, trotzdem der Ausdruck „eine teuflische Weltordnung“ entschieden richtiger wäre.

Wie stark der Erwerbtrieb in zahlreichen Menschen entwickelt ist, zeigt sich besonders in den Zeiten wirtschaftlicher Not mit erschreckender Deutlichkeit. Jedesmal, wenn infolge von Lebensmittelnappheit eine große Verteuerung der Lebensbedürfnisse eintritt und die Unterschichten nicht mehr imstande sind, ihren Lebensbedarf ausreichend zu decken, macht sich sofort der Lebensmittelmangel bemerkbar. Gierige Menschen speichern die Lebensmittel auf und halten sie abfällig zurück, um sie dann mit ungeheurem Gewinn zu verkaufen. Auf diese Weise verstehen sie es, das Massenelend in eine Goldgrube zu verwandeln, aus der sie Reichtümer schöpfen. Während Millionen von Menschen am Allernotwendigsten Mangel leiden, füllen sich die Wucherer schmunzelnd die Taschen. Das war im heidnischen Altertum so, das war im christlichen Mittelalter auch, und auch in der kapitalistischen Gegenwart ist es so geblieben. Die Gabsucht verhärtet das Menschenherz und macht es unempfindlich gegen die Not der Mitmenschen, die Erwerbsgier stachelt die schlechtesten Instinkte in der Menschennatur auf und veranlaßt die Menschen, über Leichen zu gehen, wenn das Geld lockt. Gegen diesen starken Erwerbtrieb sind alle Maßnahmen bislang machtlos geblieben. Wir haben Zeiten gehabt, in denen auf dem Bücher die Todesstrafe stand, aber die Wucherer waren nicht auszurotten, sie scheuten weder Galgen und Rad, wenn hohe Gewinne in Aussicht standen. Und wie wenig heutzutage in unserm humanen Zeitalter die gegen die Schieber und Wucherer verhängten, geradezu lächerlichen

Strafen wirken, weiß jedes Kind. Alle Bitten und Beschwörungen, alle Mahnungen und Warnungen, alle Drohungen und Bestrafungen bleiben wirkungslos, sie prälen an den Wucherern ab, wie das Wasser an einer fetten Wans. Ein Beweis, daß höhere Mittel nicht imstande sind, die im wirtschaftlichen Leben wurzelnden Triebe der Menschen umzugestalten, und daß es einer Umwandlung unserer Wirtschaft bedarf, wenn wir andere Menschen haben wollen. Hier stoßen wir auf den Kernpunkt dieser Frage. Es ist ein Faktum, wenn man glauben wollte, der kapitalistische Erwerbtrieb sei dem Menschen angeboren, er hat sich vielmehr erst aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraus entwickelt und zieht aus ihm immer neue Nahrung. Und er wird auch wieder absterben, wenn wir eine Wirtschaftsweise haben, in der die antisozialen Triebe, das kapitalistische Unkraut, keinen Boden mehr finden.

In der frühesten Zeit der Menschheit herrschte die Subsistenzwirtschaft. Die Menschen, die in Gruppen zusammen lebten, stellten alles das im eigenen Haushalt her, was sie zu ihrem Lebensunterhalt notwendig hatten. Sie waren zufrieden, wenn sie ihren Bedarf ausreichend decken konnten; denn es bestand in der geschlossenen Hauswirtschaft keine Möglichkeit, über den Bedarf hinaus Vermögen zu erwerben und Reichtümer aufzuhäufen. In einer solchen Wirtschaftsweise spielte der Erwerbtrieb noch keine Rolle, alle Dichten und Erachten der Menschen erschöpfte sich in der Sorge für den Bedarf des einzelnen und der Gruppe. Das war das goldene Zeitalter, von dem uns die Dichter erzählen, als es weder Reiche noch Arme gab, als noch keine Möglichkeit vorhanden war, daß der eine Mensch Besitz erwerben konnte, um auf Grund seiner wirtschaftlichen Ueberlegenheit andere Menschen auszubuten und sich auf diese Weise zu einem reichen Manne zu machen. Im Laufe der Zeit änderte sich dies: der Austausch der Gebrauchsgüter kam auf und wurde zu einer stehenden Einrichtung, das Geld entstand und wurde aus einem einfachen Tauschmittel zu einem Mittel, Reichtum zu sammeln und aufzuspeichern. Jetzt entwickelte sich der Erwerbtrieb und wurde immer stärker, die Gier nach Geld erwachte und veranlaßte die Menschen, sich gegenseitig zu überbieten und auszubuten, um Geld oder Geldeswert aufzuhäufen. Ein alter römischer Dichter spricht von der Gabsucht, „amor sceleratus habendi“, von der verbrecherischen Gier nach Besitz, und ein moderner Pastor hat den Ausdruck geprägt von dem „verfluchten Metallreiz“, der in den Menschen steckt. Anfangs wagte sich dieser Erwerbtrieb nur schwächern hervor, weil das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Gruppen-Solidarismus, noch zu stark nachwirkte, allmählich aber, mit dem Ueberhandnehmen der Geldwirtschaft, wurde auch das Gewinnstreben immer stärker und ungezügelter, und heute sind wir so weit gekommen, daß der, der den Rang ums goldene Kalb nicht mitmacht, für einen dummen Keel erklärt wird. So sehr hat die kapitalistische Wirtschaftsweise uns alle verseucht.

Was ist zu tun, um Gabsucht und Erwerbsgier aus dem menschlichen Erwerbleben zu beseitigen? Das einzige Mittel ist die Umwandlung der kapitalistischen Erwerbswirtschaft in die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft. Die Bedarfsdeckungswirtschaft der Urzeit muß auf einer höheren Stufe wieder hergestellt werden. Das menschliche Zusammenarbeiten soll nicht mehr den Zweck verfolgen, einer Minderheit von Menschen Reichtümer in die Tasche zu werfen, während die große Masse höchstens ihr kärgliches Auskommen hat, unsere gesamte wirtschaftliche Tätigkeit soll vielmehr darauf hinauslaufen, möglichst viele Gebrauchsgüter materieller und kultureller Art zu schaffen, damit jeder einzelne, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, sein menschenwürdiges Dasein hat. Das läßt sich natürlich nicht machen ohne eine gründliche Veränderung unserer Besitz- und Eigentumsverhältnisse. Die Produktionsmittel, insofern sie Ausbeutungsmittel sind, sollen Eigentum der

Gesellschaft werden, die sie planmäßig und in einer organischen Geschlossenheit zum Wohl des einzelnen und der Gesamtheit verwendet. In einer solchen sozialistischen Wirtschaft müssen alle Kräfte einheitlich zusammengesetzt und auf ein gemeinsames Ziel gerichtet werden, es muß in ihr Ueber- und Unterordnung, Autorität und Disziplin herrschen, gleichzeitig soll aber jeder Beteiligte das weitestgehende Mitbestimmungsrecht haben. Wenn wir solcherart wirtschaften und wenn jeder einzelne die Gewißheit hat, daß für ihn ausreichend gesorgt ist, wird der gäugelose Erwerbtrieb eingebremst werden durch den Solidarismus, er wird geregelt werden durch die bewußte Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe der andern Menschen. Dann erst wird der Sozialismus aus einer Sache des Gefühls zu einer Tatsache werden.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Arbeiter der Welt!

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden. Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkern Frieden errichten wollen, haben ihre Einföhrung für ein halbes Jahrhundert beschlossen. Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun. Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, zur Ehre Gottes und der Menschlichkeit. Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Krtege geliebt. Vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft dieser standen, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, dafür blühen. Ihre Kinder und Kindeskiner sollen verkommen und sterben, sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben. Ungefähr ebensoviel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden. Erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturkräfte zum großen Teil genommen und dem man den Abfall der Werte seiner Arbeit nach andern Ländern unterbindet. Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen. Gier und Erbitterung werden sich in die Herzen stecken, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverständigung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!
Diesem Aufruf schließen sich an der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Bezirk der freigewerkschaftlichen Betriebsrätegen-
trale.

Die Sozialisierung des Baugewerbes.

Eine Werbeschrift zur Förderung der Sozialisierung.
Der Deutsche Bauarbeiterverband hat soeben eine von A. Ellinger verfaßte Werbeschrift zur Förderung der Sozialisierung herausgegeben, die auch in den Kreisen unserer Kollegenschaft gute Aufnahme finden wird. Das Schriftchen ist in erster Linie für die agitatorisch tätigen Kollegen bestimmt, denen es Material zur Förderung der Sozialisierung an die Hand geben will, doch wendet es sich auch an alle Körperschaften und Personen, die für die Befreiung der Wohnungsnot und für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft verantwortlich sind. Es umfaßt das ganze Gebiet der baugewerblichen Sozialisierung, nämlich die Sozialisierung des Wohnungswesens, die Sozialisierung der Baustoffbetriebe und die Sozialisierung der Baubetriebe.
In einer Einleitung über die Bedeutung der Sozialisierung im allgemeinen wird darauf hingewiesen, daß zum Wiederaufbau unserer zerrütteten Volkswirtschaft Wirtschaftsformen gesucht werden müßten, die einerseits alle Volksträfte und alle vorhandenen wirtschaftlichen Werte in den Dienst des Wiederaufbaues stellen,

Lohnbewegungen.

und die andererseits die höchste Steigerung der Arbeitsproduktivität gewährleisteten. Eine solche Wirtschaftssysteme könne die heutige kapitalistische Privatwirtschaft nicht sein, weil sie den Schaffenden keine Gewähr dafür bietet, daß die von ihnen geschaffenen Werte zum Wohle aller verwendet werden. Die Arbeiter hätten es satt, ihre Arbeitskraft zum Nutzen privater Kapitalisten so anzuwenden, wie dies im Interesse aller erforderlich wäre.

In einem zweiten Kapitel wird an den Verhältnissen im Baugewerbe der Widerstand des kapitalistischen Wirtschaftssystems gezeigt. Trotzdem heute in Deutschland zur ordnungsmäßigen Unterbringung unserer Bevölkerung rund 1 Million Wohnungen fehlen, trotzdem Hunderttausende Arbeitslose — darunter viele Zehntausende Bauarbeiter aller Art — vorhanden sind, trotzdem es heute an Baustoffen nicht mehr fehlt, sondern Baustoffbetriebe infolge mangelnden Absatzes stillgelegt und die Arbeiter entlassen werden müssen, wird doch nicht gebaut. Warum? Weil auf privatwirtschaftlicher Grundlage Grundlände nicht mehr gebaut werden kann, weil sich das Bauen auf privatkapitalistischer Grundlage nicht mehr rentiert. Möglich wäre das Bauen auf sozialistischer Grundlage erst dann wieder, wenn die Mieterschutzgesetzgebung aufgehoben und das freie Spiel der Kräfte auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens wieder eingeführt würde. Mit andern Worten: wenn die Mieten so hoch geschraubt werden könnten, daß sich das in den Wohnungsbau hineinzustellende Anlagekapital wieder angemessen verzinst. Da die Baukosten heute infolge des kapitalistischen Wuchers etwa zwölf- bis dreizehnmal so hoch sind wie vor dem Kriege, so müßten die Mieten etwa in dem gleichen Maße steigen. Ohne eine solche Mietersteigerung ist heute der Bau von Wohnungen auf privatkapitalistischer Grundlage nicht möglich. Was aber der einzelne Privatkapitalist nicht kann, das kann die Allgemeinheit, indem sie die Gesamtheit der vorhandenen Wohnungen gemeinsam bewirtschaftet, sie — soweit nötig — auch gemeinsam belastet und ihre Erträge zum Bau billiger, neuer Wohnungen verwendet. Nur durch die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen läßt sich die heutige Wohnungsnot ohne die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte und ohne die schlimmste Ausbeutung der Mieter überwinden.

Als unbedingt notwendig weist die Schrift die Sozialisierung der Baustoffbetriebe und der Baubetriebe nach. Wenn heute das Bauen so außerordentlich teuer ist, so sind daran nicht die hohen Löhne der Bauarbeiter, sondern vor allem der zügellose Baustoffwucher und das Gewinnstreben der privaten Bauunternehmer schuld. Das geht schon daraus hervor, daß die Löhne der Bauarbeiter gegenüber der Vorkriegszeit durchschnittlich nur um das Sieben- bis Achtfache, die Baukosten aber um das Zwölf- bis Fünfzehnfache gestiegen sind. Die Schrift weist nach, daß die Aktionäre der Baustoffindustrien in den letzten Jahren zum Teil ungeheure Gewinne eingesackt haben. Die Betriebsabverläufe belaufen sich zum Teil auf Dutzende von Millionen. Die Dividenden betragen — nachdem man den sogenannten „Reingewinn“ durch Abschreibungen, Minderstellungen usw. so viel wie möglich verkleinert hat — in zahlreichen Fällen 10, 15, 20 und mehr Prozent. Angesichts solcher Gewinne, sagt die Schrift, ist es kein Wunder, daß die Baustoffe unerschwinglich im Preise sind und daß das Bauen infolge der hohen Kosten heute nahezu unmöglich ist. Daß durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffbeschaffung gewaltige Summen gespart werden können, weist die Schrift ebenfalls nach.

Ebenso wie der Wucher mit Baustoffen, trägt auch die Verteuerung der Bauausführung durch die privatkapitalistischen Bauunternehmer zu den heutigen Baukosten bei. Die Schrift weist nach, daß die Bauunternehmer schon bei gewöhnlichen Tagelohnarbeiten, bei denen sie nicht das geringste Risiko haben, Zuschläge zum tariflichen Stundenlohn von durchschnittlich 50 %, in zahlreichen Fällen sogar 70, 80 und mehr Prozent verlangen. Außerdem verlangen sie noch Zuschläge von 15 bis 35 % auf die von ihnen gelieferten Baustoffe, ja sogar Zuschläge für die Nichtlieferung von Baustoffen usw.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die von den Bauarbeitern ins Leben gerufenen sozialen Baubetriebe die Bauarbeiten wesentlich billiger ausführen können, als die privaten Unternehmer, zumal die Arbeiter in diesen Betrieben mit ganz anderer Lust und Liebe arbeiten als bei privaten Unternehmern. Die Schrift führt eine Fülle von Beispielen für die Verbilligung der Bauausführung durch soziale Baubetriebe an. Nicht selten kommt es vor, daß dort, wo die sozialen Baubetriebe mit den Privatunternehmern zum ersten Male in Wettbewerb treten, die Unternehmer um 30, 50, ja sogar 100 % teurer sind als die sozialen Betriebe. Sobald freilich die Unternehmer merken, welche Konkurrenz ihnen in den sozialen Betrieben erwachsen ist, gehen auch sie mit ihren Preisen herab, zum Teil so weit, daß selbst die sozialen Baubetriebe kaum noch mitkonkurrieren können, weil es ihnen häufig an leistungsfähigen Maschinen und andern Betriebsmitteln fehlt.

Die Schrift verlangt auf Grund dieser Tatsachen die weitestgehende Förderung der Sozialisierung durch Reich, Länder und Gemeinden, aber auch durch gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, Genossenschaften usw., die heute alle nur mit öffentlichen Mitteln bauen können.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat recht: Nicht nur die Bauarbeiter, sondern das ganze nichtkapitalistische deutsche Volk, das heute in schlechten und zum großen Teile überfüllten Wohnungen haust oder überhaupt keine Wohnungen bekommen kann, das außerdem die Mittel zur Gewährung der Baukostenzuschüsse aufbringen und den kapitalistischen Wucher in Gestalt hoher Mieten zahlen muß, hat das dringende Interesse an der Sozialisierung des Baugewerbes. Es kann verlangen, daß alle verantwortlichen Körperschaften in Deutschland durch die Förderung der Sozialisierung zur Verbilligung des Wohnungswesens, zur Steigerung der Bauartigkeit und damit zur Biedergerichtung unserer Volkswirtschaft beitragen.

Dübeln i. S. Nachdem seit dem 1. Juni 1920 im Lohnbezirk Dübeln (Leisnig-Neu-Wein-Waldheim-Geringwalde) keine weitere Lohnerhöhung eingetreten war, die Innungsmeister eine solche, ja sogar die von uns beantragten Lohnverhandlungen ablehnten, mußte die Gehilfenschaft den langwierigen Weg über den Schlichtungsausschuß suchen, um zu ihrem Rechte zu kommen. Schon als Ende November 1920 das Juniabkommen getilgt worden war, besaßen diese Herren noch die Stirn, durch ihren Syndikus Dr. Frankenstein uns mitzuteilen, wir sollten die Gehilfenschaft beeinflussen, damit sie das Juniabkommen (den horrenden Stundenlohn von 4,10 M.) vom 1. Juni 1920 weiter bestehen lasse. Daß solche Dummheiten ein Syndikus noch mit seinem Namen deckt, nimmt uns nicht Wunder. Hat der Herr doch bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Chemnitz den besseren Teil, nämlich durch Abwesenheit zu glücken, gewählt, wohl aus der Erkenntnis, daß er mit einem solchen Angebot von 4,10 M. Stundenlohn Schiffbruch leiden würde. Wir nehmen an, daß die Herren Malermeister dieses Bezirks ohne Ausnahme nun endlich begreifen, daß sie mit ihrer Mächtigkeitsucht nicht mehr durchkommen. Da hilft auch kein Feilschen und Sneisen. Vor dem Schlichtungsausschuß in Chemnitz wurde am 19. Januar auf unsern Antrag hin ein Schiedspruch gefällt, wonach vom 15. Januar 1921 an der Lohn von 4,10 auf 5,40 M. pro Stunde erhöht wird. Diesen Schiedspruch halten die Innungsmeister als selbstverständlich abgelehnt. Doch es half ihnen nichts; denn der Demobilisierungskommissar für die Kreishauptmannschaft hat diesen Schiedspruch für rechtsverbindlich erklärt, und nun haben es die Herrschaften schriftlich, daß sie den neuen Lohnlag zu zahlen haben. Die Verbindlichkeitsklärung lautet wörtlich:

Der in Sachen des Verbandes der Maler und Lackierer gegen Malerinnung Dübeln unterm 19. Januar 1921 ergangene Schiedspruch wird unter Beitritt zu den Ausführungen des Schlichtungsausschusses für verbindlich erklärt. Die Gründe, die der Antragsgegner gegen den Schiedspruch angeführt, sind die gleichen, die er bereits gegen die Geltendmachung des Anspruchs erhoben hat; sie müssen als durch den Inhalt des Schiedspruchs widerlegt angesehen werden.

Demobilisierungskommissar.
Kollegen! Nun haben wir dafür zu sorgen, daß dieser verbindliche Schiedspruch auch durchgeführt wird. Die Kollegenschaft des Bezirks hat bewiesen, daß es ihr Ernst war, die Bewegung erfolgreich durchzuführen, was durch die allgemeine Geschlossenheit zum Ausdruck kam. Mögen sich die lauen Kollegen dies zur Richtschnur nehmen, denn nur miteinander geschlossen, aufgetrieben, operbereit und Solidarität abendenden Kollegenschaft läßt sich heute ein Kampf gegen das Unternehmertum erfolgreich führen.

Rheinland und Westfalen. Das am 14. Dezember durch Verhandlung mit dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband zustande gekommene Lohnabkommen, das lautet:

Es wird vom 1. Januar 1921 an eine Lohnzulage von 30 % für die Arbeitsstunde auf die bisherigen Löhne in sämtlichen Lohngebieten gezahlt. Das Abkommen endet am 1. März 1921.

wurde trotz vollzogener Unterschrift des Verbandsvorsitzenden Herrn Karrenbrock von den Innungen im Bergischen Lande und den Innungen in Sagen, Söhlen im Bach, Gaspe und Jferloh abgelehnt.

Trotz eingereicherter Beschwerden beim Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverbandes und Anerkennung des Rechtsbruches, kamen sie der Aufforderung zur Zahlung zur Vereinbarung nicht nach.

Ebenfalls weigerte sich die Arbeitsgemeinschaft der Malermeister der Orte: Necklinghausen, Holtrop, Buer, Gladbeck, Herten und Herfermarl die Lohnerhöhung zu zahlen.

Von den Gehilfenorganisationen wurde deshalb der Reichs- und Staatskommissar in Dortmund zur Fällung eines Schiedspruches angerufen.

Als Ergebnis der Verhandlung wurde vom Vorsitzenden folgender Schiedspruch verkündet:

1. Das zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband einerseits und dem Verband der Maler, Lackierer usw. und dem Zentralverband Christlicher Maler usw. andererseits am 14. Dezember 1920 abgeschlossene Lohnabkommen hat auch Gültigkeit für die Innungen der Orte Buer, Holtrop, Gladbeck, Barmen, Cronenberg, Elberfeld, Geyersberg, Vennep, Remscheid, Ronsdorf, Solingen, Welsch, Bohwinkel, Wermelskirchen, Sagen, Gaspe, Söhlen im Bach, Detmathe und Jferloh.

2. Bezüglich der von den Malermeistern in den Orten Necklinghausen, Herten, Herfermarl und Langerfeld zu zahlenden Stundenlöhne ist der Schlichtungsausschuß der Ansicht, daß die Verhältnisse in diesen Orten den Verhältnissen des Industriegebietes gleichzustellen sind. Deshalb ist auch in diesen Orten die strikte Lohnzulage von 30 % vom 1. Januar 1921 an zu zahlen.

Beide Parteien werden ersucht, innerhalb einer vom heutigen Tage an laufenden Frist von einer Woche dem Reichs- und Staatskommissar schriftlich anzuzeigen, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen. Innerhalb derselben Frist kann auch der hier einzureichende Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches durch das Reichsarbeitsministerium gestellt werden.

gez. Carl Schulte. Habz. Fritz Hille. H. Gräffen.

Begründung:

Im vorliegenden Falle hatte der Schlichtungsausschuß in der Hauptsache nur die Rechtslage zu prüfen. Unbestritten haben der Rheinisch-Westfälische Maler-Innungsverband als Arbeitgeberverband und die beiden Gehilfenverbände am 14. Dezember 1920 ein Abkommen abgeschlossen, wonach vom 1. Januar 1921 an die Stundenlöhne der Gehilfen um 30 % zu erhöhen sind.

Es war deshalb lediglich zu prüfen, ob die Innungen, die sich geweigert hatten, die Zulage zu gewähren, Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverbandes sind. Bezüglich der Innungen derjenigen Orte, die im Schiedspruch unter Ziffer 1 angegeben sind, wurde in der dem Schiedspruch vorausgehende Verhandlung, von seiten der Arbeitgebervertreter die Mitgliedschaft zugegeben und anerkannt. Das obengenannte Abkommen ist also für die Innungen der Innungen dieser Orte als Willkührvertrag des Vertrages verpflichtend und bindend.

Bezüglich der unter Ziffer 2 des Schiedspruches genannten vier Orte wurde festgestellt, daß dieselben entweder keine Innungen haben oder dieselben nicht dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband angeschlossen sind. Jedoch war der Schlichtungsausschuß einstimmig der Auffassung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Orte dieselben sind wie im übrigen Industriegebiet, hielt es der Schlichtungsausschuß im Interesse der Arbeitnehmer sowie aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit der andern Bezirke für angebracht, dahin zu erkennen, daß auch in diesen Orten die Zulage vom 1. Januar 1921 an zu gewähren sei.

Der Vorsitzende: K. Löffermann.
Der Protokollführer: K. Löffermann.

Aus unserm Beruf.

Dortmund. Am 30. Januar wurde in R a m e n t B. eine Zählstelle gegründet, der 12 Kollegen als Mitglieder beitraten. Die Lohnverhältnisse liegen noch sehr im argen, werden doch noch Stundenlöhne von 4,50 M. gezahlt. Dies soll und muß anders werden. Kollege W. J. J. legte in kurzen Zügen Zweck und Ziele des Verbandes dar und ersuchte die Kollegen, darauf hinzuwirken, daß jeder Berufskollege unserm Verbande beiträgt; denn nur eine starke, einheitliche Organisation sei in der Lage, wirkliche Erfolge für die Kollegen herauszuholen, was ja in den Zählstellen Willen und Schwere bewiesen sei. Die Kollegen gelobten, alles daranzusetzen, die Organisation zu stärken und zu erhalten. Auch soll in den nächsten Tagen bei den Arbeitgebern ein Vorstoß unternommen werden, um den tariflichen Lohn auch für Ramen einzuführen, der 6,90 M. beträgt. Alle 14 Tage kommen die Kollegen zwecks Zahlung von Beiträgen usw. zusammen. Als Vorsitzender wurde Kollege Aug. Krüger, Ramen, Burgstraße 8, als Schriftführer Kollege Alb. Glas, Ramen, Burgstraße 27, und als Kassierer Kollege Karl Wöl, Ramen, Westenmauer 41, gewählt.

Dresden. Am 8. Februar hielt die Filiale Dresden ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zu dem gebrauchten vorliegenden Jahresbericht wurden vom Vorsitzenden, Kollegen Jessmann, einige Erläuterungen gegeben und hauptsächlich über die letzten Lohnverhandlungen im Gewerbe berichtet. Die letzte Zulage betrug vom 8. Januar an 50 % pro Stunde. Im verflorenen Jahre ist der Lohn von 2,50 M. auf 3 M. gestiegen. Das ist in Anbetracht der schlechten Berufslage ein beachtenswerter Erfolg, besonders wenn der Widerstand der sachlichen Arbeitgeber berücksichtigt wird. Die Ende Februar und Anfang März durchgeführten Teilstreiks übten auf die Arbeitgeber, die in Sachen niedrigere Löhne zahlen wollten, ihre Wirkung aus. Es gelang die volle Durchführung der Berliner Beschlüsse. Bei späteren Lohnverhandlungen wurden von den Arbeitgebern Lohnerabsetzungen von 10 bis 25 % beantragt. Auch diese geplanten Verschlechterungen konnten abgewehrt werden. Für die Lackierer wurden die Bestimmungen der Tarifverträge der Holz- und Metallarbeiter durchgeführt. Dabei hat sich der Wert der Berufsorganisation besonders gezeigt. In der Frage der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens empfahl der Vorsitzende die Unterstützung der im Baugewerbe gegründeten Produktivgenossenschaften, Bauhütten usw. Sozialisierung von unten, durch eigene Kraft, nicht Hoffnung auf oben muß die Lösung der Bauarbeiter, auch der Maler sein. Mit einem Hinweis auf die im neuen Jahr zu leistende Arbeit und Lösung der finanziellen Aufgaben schloß Kollege Jessmann. Den Rassenbericht erstattete Kollege Springer. Einer Gesamteinnahme von 814 158,78 M. steht eine Ausgabe von 258 994,14 M. gegenüber. Auf Antrag der Revision wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab einstimmige Annahme der Vorschläge des erweiterten Vorstandes. Mit der Anstellung eines zweiten Kassierers für Dresden erklärte sich die Versammlung einverstanden. Zu der kommenden Beitrags-erhöhung soll die Versammlung am 16. März Stellung nehmen.

Frankfurt a. d. O. (Jahresbericht.) Das Jahr 1920 ist das 17. Geschäftsjahr unserer Filiale. Sehen wir nun am Ende des verflorenen Jahres auf unsere Tätigkeit zurück, so können wir feststellen, daß es nicht allein ein Jahr unermüdlicher Arbeit, sondern auch ein von unbestrittenem Erfolge für unsere Organisation war. Es fanden 25 Versammlungen statt, die durchschnittlich von 81 Kollegen besucht waren. Der stärkste Besuch war im März beim Rapp-Büttch mit 55 Kollegen. Außerdem fanden 13 Kartell- und Betriebsrats-, 20 Ausschußsitzungen und 3 Vorstandssitzungen statt. Zur Besserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen waren 7 Tarifkommissionen mit den Arbeitgebern notwendig. Es wurden bestimmte Stadtgrenzen festgelegt; wird darüber hinausgegangen, ist ein Zuschlag von 1 M. pro Tag zu zahlen. Außerdem wurde bei Arbeiten von Leitern über 6 m ein Zuschlag von 30 % pro Stunde festgesetzt; dasselbe gilt auch bei Arbeiten mit Karbolinenum und scharfen Mitteln. Der Filiale waren 2 Zählstellen angeschlossen: Neppen und Drossen. Neu hinzugekommen ist Müllrofe. Verhandlungen wurden in Neppen 2, in Drossen und Müllrofe je 1 geführt, die zu günstigen Tarifabschlüssen für die dort beschäftigten Kollegen führten. Der Rassenbestand betrug am Anfang des Berichtsjahres 161,55 M., am Schlusse des 4. Quartals 814,40 M. Der Stundenlohn, der zu Anfang des Jahres noch 2,30 M. betrug, ist auf 4,90 M. gestiegen. Vom 15. Januar 1921 an ist ein Zuschlag von 40 % hinzugekommen, so daß wir jetzt einen Stundenlohn von 6,80 M. für Kollegen über 20 Jahre erreicht haben. Am Schlusse des 4. Quartals 1919 waren 93, am Ende des Berichtsjahres 126 Mitglieder vorhanden. Dazu sind allerdings aus der Lehrlingsabteilung 13 hinzugezogen. Unsere gut besuchte Jahresversammlung am 10. Januar erhte durch Erheben von den Klagen das Hinscheiden des verdienten Gewerkschaftsführers Regien. Der Jahresbericht des Vorsitzenden, Kollegen Otto Richter, fand die gebührende und einmütige Zustimmung der Kollegen. Eine wichtige Aufgabe mit diesem Jahre für uns muß es sein, die Schlichtungsausschuß weiter auszubauen und zu

ganisieren. Wir appellieren an die Mitarbeit aller Kollegen der Filiale, uns in dieser Tätigkeit weitestgehend zu unterstützen. Ein Jahr erfolgreicher gewerkschaftlicher Tätigkeit liegt hinter uns. Es liegt nun an den Kollegen, das Erreichte festzuhalten und weiter auszubauen. — Das vergangene Jahr hat den so sehr erhofften Aufstieg im Gewerbe nicht gebracht; der Mangel an Baustoffen, die allgemeine Teuerung aller Materialien liegen es noch nicht einer allgemeinen Besserung kommen. Die Arbeitslosigkeit läßt zurzeit auch viel zu wünschen übrig. Sind 20 bis 25 % arbeitslose Kollegen am Orte. Vertriebenen Kollegen ist es gelungen, in andern Betrieben anzukommen. Wir hoffen und wünschen, daß in diesem Jahre eine Besserung eintritt, wozu ja einige Aussicht vorhanden ist. Hat sich doch hier am Orte, wie allenthalben, die Soziale Bau- und Betriebsgenossenschaft gebildet, der auch bereits Kollegen beigetreten sind. Wächst die Kollegen wäre es, dieser Genossenschaft beizutreten, finanziell weitestgehende Unterstützung gutell werden zu können, um endlich mal unsere Lage zu verbessern, das Handwerk zu sozialisieren. Denn diese Baugenossenschaften sind nur dazu berufen, den Anfang zu machen. Ungeachtet gilt für uns alle die Parole, einig und geschlossen vorzugehen. Lassen wir allen Parteihader beiseite, nehmen wir uns zum Motto: Einer für alle, alle für einen. Nichts fällt uns in den Schoß, alles Fortschritt muß Schritt für Schritt erkämpft werden. Nur der verdient die Arbeit wie das Leben, der täglich sie erobern muß. — In Tropfen sind wir vereinzelt, allein, ein gewaltiges Meer im festen Verein. Darum, Kollegen! Erscheint vollständig in den Versammlungen; Ihr fordert damit unsere Hilfe und bekundet dem Vorstand euer Vertrauen.

Lackierer.

Hannover. (Jahresbericht.) Die Tätigkeit der Aktionsleitung bewegt sich heute in wesentlich andern Bahnen als vor dem Kriege. Während damals viel Zeit auf Arbeit für die Kleinagitation, für die verschiedensten Gelegenheiten innerhalb der Betriebe sowie für den Kampf gegen die gelbe Bewegung verwendet werden mußte, ist dieses heute erheblich leichter geworden. Mit Befriedigung können wir konstatieren, daß die in der Industrie tätigen Kollegen heute fast reiflos der Organisation anhängen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind sämtlich geregelt; es ist auch im Berichtsjahre gelungen, mehrere Wirtschaftskämpfe zu vermeiden (mit Ausnahme des Straßenbahnstreiks). Die Entwicklung zur Zentralisierung der Arbeitsverhältnisse durch die Kollektivverträge hat es mit sich gebracht, daß naturgemäß in der Großindustrie bei Lohnbewegungen die großen Verbände die Führung haben und unsere Tätigkeit sich darauf beschränkt, die besonderen Berufsinteressen unserer Kollegen zu vertreten. Trotzdem müssen wir viel mehr als bisher versuchen, auf alle diese Angelegenheiten Einfluß zu gewinnen. Sämtlich sollten unsere Kollegen in den Großbetrieben (Hansa, Hanomag) versuchen, Vertreter in den Betriebsräten zu entsenden, um ständig über alles unterrichtet zu sein. Die wichtigste dieser ist, geht am besten die Tatsache, daß seit über die Hälfte der Mitglieder unserer Filiale in der Industrie tätig ist. Eine im Dezember veranstaltete Rundfrage des Filialvorstandes ergab, daß von 850 erfahrenen Kollegen allein 884 in der Industrie und nur 280 im Bauernberufe tätig waren, während vor dem Kriege kaum 100 organisierte Kollegen in den Fabriken vorhanden waren. Dieses Resultat kennzeichnet am besten die traurige Lage, in der sich der Malerberuf augenblicklich befindet. — Die Löhne sind im Wirtschaftsgebiet Hannover sowohl für die Metallindustrie als auch für die gemischte Industrie durch Kollektivverträge einheitlich geregelt. Es gelang im Berichtsjahre ohne Kampf folgende Lohnsteigerungen zu erzielen: Am 1. April eine Teuerungszulage von 70 %, am 1. Mai von 80 % und vom 8. November an eine solche von 50 %. Der Mindestlohn für einen Facharbeiter über 25 Jahre betrug demnach am Jahreschluß 4,80 M. Es hat sich hierbei die unerfreuliche Erscheinung gezeigt, daß in großer Teil der in Lohn arbeitenden Kollegen über diesen Satz nicht wesentlich hinauskommt, während die in Lohn arbeitenden erheblich mehr (teilweise über 50 %) verdienen. Betrachtet doch ein großer Teil der Unternehmer immer noch die im Tarif vorgezeichneten Mindestlöhne als Höchstlöhne und weigert sich hartnäckig, über diese Höhe hinauszuweisen. Dieses trifft besonders für die Wagenfabriken zu, wo fast durchweg in Lohn gearbeitet wird. Wir haben es hier mit einem besonders hartnäckigen Unternehmertum zu tun, das anscheinend die gute alte Zeit, in der die Herren Wagenfabrikanten die Löhne selber festsetzten, nicht vergessen kann und über den Kollektivvertrag hinaus nicht die geringsten Zugeständnisse machen will. Wir haben das ganze Jahr über hiergegen einen zähen Kampf geführt. Augenblicklich ist für diese Betriebe der Kollektivvertrag gelündigt und ein Sondervertrag eingereicht, der erheblich höhere Lohnsätze als die der Metallindustrie vorzählt. Die Organisation ist im Gegensatz zu früher eine sehr gute, es kommen insgesamt etwa 50 Kollegen in Frage. Trotzdem es im Frühjahr den Anschein hatte, als ob eine schwere wirtschaftliche Krise im Anzuge sei und viele Betriebe verkräftigt arbeiteten, sind wir von Arbeitslosigkeit verschont geblieben. Die Waggonfabrik (Hawa) hat ihre Belegschaft seit 1914 nahezu verdoppelt; es sind über 100 Kollegen dort beschäftigt, gegen 51 vor dem Kriege. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dank der rührigen Tätigkeit der dortigen Kollegen zufriedenstellend. Auch die Hanomag (Lokomotiven) war ebenfalls gut beschäftigt; dadurch, daß die Lokomotiven wieder gespachtelt und lackiert wurden, war es möglich, zunächst die auf dem Werke außer Beruf arbeitenden Kollegen sowie auch eine Reihe solcher aus dem Bauernberufe unterzubringen. Insgesamt arbeiten dort 50 Kollegen; der Friedensstand ist aber immer noch nicht erreicht. Die Welfirma Gebrüder Körting kommt anscheinend aus der Krise nicht heraus, seit 1/2 Jahren wird dort verkräftigt gearbeitet; von unsern Kollegen ist nur die Hälfte des Friedensstandes (16) dort tätig. Die Wagen- und Karosseriebranche war während des ganzen Jahres gut beschäftigt, desgleichen die Wagenlackiererei; doch ist diese für uns ohne Bedeutung, da hier eine zu große Anzahl „Auchmeister“ ist, welche treibt während in den

genannten Betrieben etwa 250 Kollegen tätig sind, verteilt sich der Rest von 180 Kollegen auf über 70 Betriebe der verschiedensten Arten; es wird unsere nächste Aufgabe sein, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse nachzuprüfen. — Ein besonderes Kapitel müssen wir dem großen Straßenbahnstreik widmen, der aus einer ursprünglichen Lohnforderung entstand und sich zu einem gewaltigen Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit auswuchs. Die Löhne der Straßenbahnarbeiter waren stets niedriger als die der Industrie. Am 1. Juli forderte die Belegschaft eine Teuerungszulage von 80 % pro Stunde. Die Direktion schickte durch den Industrien Arbeitgeberverband die Antwort, bis Ende des Monats die alten Löhne weiterzahlen zu wollen, dann müsse aber bei dem schlechten Stande des Unternehmens ernstlich ein Abbau der Löhne erwogen werden. Eine Betriebsversammlung beschloß die Stellung eines Ultimatums, das am 30. Juli abließ. Verhandlungen an diesem Tage, auch vor dem Oberpräsidium, verliefen erfolglos, so daß am Abend der Streik begann. Der Kampf dauerte 11 Wochen. Die ursprüngliche Ursache des Kampfes, die Lohn Differenz, trat immer mehr in den Hintergrund gegenüber der in den weiteren Verhandlungen geforderten Bedingung der Direktion, 800 von ihr zu bezeichnende Leute nicht wieder einzustellen. Die Haltung der Streikenden war eine muster-gültige. Die hannoversche Arbeiterschaft brachte durch freiwillige Sammlungen über 800 000 M zur Unterstützung der Streikenden zusammen. Wir waren mit 48 Kollegen an diesem gigantischen Kampfe beteiligt. Was heute ein solcher Kampf kostet, zeigen folgende Summen, die an diese Kollegen gezahlt wurden: Aus der Hauptkasse 25 528,50 M, aus der Lokalkasse 4861,50 M, aus freiwilligen Sammlungen 19 858 M, insgesamt 50 733 M. — Nach der Beendigung des Streiks wurde sofort eine neue Forderung von 800 M Teuerungszulage gestellt, die auch am 1. Dezember bewilligt wurde. Zum 1. Januar wurden ebenfalls Forderungen von 1,20 M pro Stunde eingeleistet, von denen jetzt 90 % bewilligt sind. Wenn auch der Kampf trotz aller schweren Opfer erfolglos verlief, so liegt doch für die Kollegen kein Grund vor, kleinmütig zu werden; denn nur durch festes Zusammenhalten innerhalb der Organisation wird es möglich sein, gelegentlich die Scharte auszuweisen. — Der Besuch der Versammlungen war nicht immer auf der Höhe; wir sind nach dem Kriege wohl in die Breite, aber nicht in die Tiefe gegangen. Immer mehr zeigt sich in erschreckendem Maße die völlige Gleichgültigkeit vieler Arbeiterkreise gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart. Hier ist ein dankbares Feld für unseren alten Kollegenstamm, nicht nur Kollegen zu organisieren, sondern auch aufzuklären und zu überzeugten Kämpfern heranzubilden. Durch die ungünstige wirtschaftliche und politische Lage mußten wir uns darauf beschränken, das bis jetzt Erreichte gegen die fortwährenden Angriffe des Unternehmertums zu verteidigen. Dieses ist uns auch in vollem Maße gelungen. In dieser Zeit der Waffenruhe dürfen wir aber nie das eine Ziel vergessen: in jeder Weise unsere Organisation zu stärken und auszubauen, jeder an seinem Platz; dann können wir allen Kämpfen, die uns bevorstehen mögen, mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen.

D. Bugrowitz, Sektionsleiter.

Baugewerbliches.

Preußens Baupolitik. Die preussische Landesversammlung hat das Gesetz über die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Abkürzung der Baukosten über teuerung angenommen. Hierdurch wird die preussische Staatsregierung ermächtigt, 400 Millionen Mark zur Gewährung von Zuschüssen zum Wohnungsneubau zu verwenden. Das Wohnungsministerium schreibt dazu: „Bei der gegenwärtigen Wohnungsnot wird diese Nachricht freudig begrüßt werden; denn durch dieses Gesetz werden in erheblichem Maße die Schwierigkeiten behoben, die der Frage der diesjährigen Finanzierung der Wohnungsneubautätigkeit bisher entgegenstanden. Die Behebung der Wohnungsnot ist eine der brennendsten Aufgaben der Gegenwart und verträgt keine Verzögerung. In dieser Erkenntnis hat die preussische Staatsregierung die Initiative ergriffen und Vorsorge getroffen, daß noch von der scheidenden Landesversammlung für die Durchführung wenigstens der notwendigsten Bauten in Preußen Mittel bereitgestellt werden. Die Regierungspräsidenten sind bereits aufgefordert, über den Bedarf ihrer Bezirke zu berichten. Auf Grund ihrer Meldungen wird dann der zur Verfügung stehende Betrag verteilt werden. Es ist nun Sache der Bauämter, ihre Anträge schnelligst durch Vermittlung der Gemeinden an den zuständigen Regierungspräsidenten zu richten. Die Bewilligung der Zuschüsse wird im wesentlichen nach den gleichen Grundrissen erfolgen, wie sie in den Bestimmungen des Reichsrates über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen vom 10. Januar 1920 niedergelegt sind. Im Interesse einer Erleichterung des Auszahlungsverfahrens werden diese Bestimmungen allerdings geringerer Forderungen bedürfen.“

Gewerkschaftliches.

Vertreter der Gewerkschaften und Angestelltenverbände waren am 4. Februar vom Reichsminister des Innern Dr. Simons zu einer Besprechung eingeladen. Minister Dr. Simons hielt einen Vortrag, worin er einleitend den Stand der Entlohnungsfrage streifte. Besonders beschäftigte sich der Minister jedoch mit den schweren wirtschaftlichen Schäden, die die neuen Milliardenforderungen der Entente für Deutschland nach sich ziehen müssen. In diesem Punkte fanden die Ausführungen des Ministers bei den anwesenden Gewerkschaftsvertretern volle Zustimmung.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren zählte am Jahreschluß 1920 65 077 Mitglieder, darunter 24 808 weibliche. Die Zunahme gegenüber Jahresanfang beträgt 4905 Mitglieder. In der Zunahme sind alle Branchen beteiligt. Besonders erfreulich ist der Eingang des gewerkschaftlichen Gedankens in den Kreisen der Konditoren. Bei diesen Berufsangehörigen prallte vor dem Kriege jede ge-

werkschaftliche Aufklärungsarbeit fruchtlos ab. Bei den Vätern ist das Organisationsverhältnis in den Groß- und Mittelstädten sehr gut. Schöne Ansätze können auch bei den Lehrlingen aufgewiesen werden. Von diesen sind über 3000 Mitglieder der Gewerkschaft. Eine ansehnliche Leistung, wenn man bedenkt, daß die reaktionären Handwerksmeister vor keinem Mittel zurückschrecken, um die Lehrlinge von dem Eintritt in die Gewerkschaft abzuhalten. Der Hauptanteil der Mitgliederzunahme entfällt auf die Beschäftigten in der Tisch-, Bad- und Leinwandindustrie. Hier wurde ermittelt, daß von den 28 000 beschäftigten Personen in den der Unternehmerorganisation ange-schlossenen Betrieben 21 528 oder 87,8 % Betriebs-mitglieder sind. Der Rest verteilt sich auf die berufs-fremden Arbeiter in andern Verbänden und einige Hundert christlich Organisierte. Vor dem Kriege wurden der Organisation von den Unternehmern die denkbar größten Schwierigkeiten bei der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit entgegengestellt, und leider fanden sich immer wieder will-sährige Kreaturen, die auf den Pfiff die Unternehmer-müßige zur Ausführung brachten. Heute ist es anders. Der gewerkschaftliche Gedanke hat sich bei den Beschäftigten in der Mehl- und Zucker verarbeitenden Industrie Bahn gebrochen. In dieser Erkenntnis liegt die Stärke, die bei zukünftigen wirtschaftlichen Kämpfen zur Auswirkung kommen wird.

Sozialpolitisches.

Die Wahlen zum preussischen Landtag, zu den Provinzialparlamenten und Kreistagen finden am 20. Februar statt. Wir erwarten, daß auch unsere wahlberechtigten Mitglieder ihre Pflicht, ohne Ausnahme erfüllen und nur für die sozialistischen Kandidaten ihre Stimmen abgeben.

Gewerbe und soziale Hygiene.

Zur Erforschung der Gewerbekrankheiten. Das Arbeitsministerium des Reichs hat Sachhen anbeordnet, die Krankentassen im Verein mit ihren Kassenärzten plan-mäßig zur Erkennung und Feststellung von Gewerbekrankheiten heranzuziehen. Es sollen dem Ministerium zur Übermittlung an den Landesgewerbeamt regelmäßig alle Beobachtungen über solche Erkrankungen mitgeteilt werden, die auf berufliche Schädigungen zurückzuführen sind. Dabei sind die mutmaßlichen Ursachen, die beteiligten Betriebe und die behandelnden Ärzte anzugeben. Zur Erforschung und zu dem bringenden notwendigen Ausbau der Gewerbehygiene müßte diese Maßnahme überall zur Einführung kommen.

Vom Ausland.

Kollege Ambrose Haas †

Aus Neuholz erhalten wir die traurige Mitteilung, daß unser Kollege Ambrose Haas am 12. Januar im 60. Lebensjahre an einem Herzschlag verstorben ist. Haas war das Älteste und treueste Mitglied der A. U. 499 unseres amerikanischen Bruderverbandes und bis zur letzten Stunde für die Organisation tätig. Sein plötzlicher Tod hinterläßt in den Reihen unserer deutsch-amerikanischen Kollegen eine schwer auszufüllende Lücke; war er es doch, der durch seine reiche Erfahrung, durch seinen Rat und seine stete Hilfsbereitschaft allezeit für das Ausblühen der Organisation strebte und Tausenden von eingewanderten deutschen Kollegen ein lieber Kollege und treuer Freund geworden war. Haas war auch der Begründer des ersten deutschen Maltervereins 1894 in Neuholz, der Vorsitzende und Herausgeber des Fachorgans. Später schloß sich der Verein dem amerikanischen Malerzentralverband an unter der A. U. 499. Diese delegierte ihn auch zum Ersten Internationalen Malerkongress in Zürich, wodurch er vielen Kollegen unseres Verbandes bekannt wurde, da er in mehreren Filialen Referate abhielt. Seit über 25 Jahren stand er mit unserer Organisation in steter Verbindung und hat uns über alle wichtigen Vorgänge aus dem beruflichen Leben unserer amerikanischen Kollegen Berichte erstattet. Ebenso regen Anteil nahm er aber auch an der Fortentwicklung und dem Ausbau unseres Verbandes, wie besonders aus seinen Glückwünschen hervorging, die er regelmäßig zu unsern stattgefundenen Verbandstagen herüber sandte.

Wir betrauern nicht unsern amerikanischen Kollegen den schweren Verlust dieses wackeren Mitkämpfers und sprechen seinen Hinterbliebenen unser tiefstes Beileid aus. Möge seine Organisationsstrenge, seine fleißige Mitarbeit am Aufstieg des Proletariats allen Berufsgenossen ein leuchtendes Beispiel sein. In diesem Sinne ehren wir am besten das Andenken unseres Ambrose Haas.

Internationale Arbeitskonferenz. Das endgültige Programm für die internationale Arbeitskonferenz, deren nächste Tagung im Oktober 1921 in Genf abgehalten wird, lautet folgendermaßen: 1. Die Reform des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes. 2. Anpassung an die Beschlüsse von Washington über die Regelung der Arbeitszeit für die Landwirtschaft. 3. Anwendung der andern in Washington gefaßten Beschlüsse auf die Landwirtschaft, und zwar a) Verhütung der Arbeitslosigkeit, b) Frauen- und Kinderarbeit, c) Schutzmaßnahmen, insbesondere für die Landarbeiter, und zwar a) landwirtschaftlich-technischer Unterricht, b) Unterkunft und Wohngelegenheit der Landarbeiter, c) Gewährleistung des Koalitionsrechtes und Schutzmaßnahmen gegen Unfälle, Krankheiten, Invalidität und Alter.

5. Desinfektion der Wände, die mit Holzbrandspalten be-
haftet ist. 6. Verbot der Verwendung von Blei-
weiß in der Malerei. 7. Ein wöchentlicher Ruhetag
in Industrie und Handel. 8. a) Verbot der Verwendung
von Personen unter 18 Jahren zur Arbeit in Vorrats-
räumen von Schiffen und Kesselräumen, b) obligatorische
polizeiliche Untersuchung der im Bord der Schiffe beschäf-
tigten Jugendlichen.

fachtechnisches.

Materialpreise.

Mitte Dezember 1920 Ende Januar 1921
des Altkommers

Table with 3 columns: Material name (e.g., Seimöl, Terpentinöl), price in M. for Dec 1920, and price in M. for Jan 1921.

fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“. Heft 11,
Februar 1921, dieser illustrierten Zeitschrift für Malerei ist
erschienen und enthält die Vorlagen Tafel 46; Plur für
ein Schulgebäude, entworfen von Georg Rothgeb in
Frankfurt a. M.; Tafel 47: Bemalte Rindermagen,
entworfen von Emil Jocke in Klogische bei Dresden; Tafel 48:
Firmenschild für ein Malergeschäft, von
Ludwig Reif in München; Tafel 49: Woffen in neuester
Kunststrichung, entworfen von Emil Bloch in Leipzig.
Aus dem täglichen Leben möchten wir unsere Leser besonders
auf den Artikel „Betrachtungen“ hinweisen, der recht treffend
die heutige Kunststrichung charakterisiert. Auch der sonstige
Zeil dieser empfehlenswerten Zeitschrift bietet reichlich Stoff
des Interessanten und Lehrreichen. Verlag von Georg D. W.
Callweg in München.

Literarisches.

Berliner Facharbeitsnachweise. Gegenwärtiger Stand
der Fachabteilungen des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin,
bearbeitet von Direktor Dr. Erdmann Graad, Berlin. Preis
16 M. Im Februar soll dem Reichstag der Entwurf des
Arbeitsnachweisgesetzes vorgelegt werden, das nach dem
Urteil seiner Bearbeiter auf den Ausbau der Arbeitsvermittlung
durch Einrichtung besonderer Fachabteilungen
für die einzelnen Gewerbe und Berufe das Schwergewicht
legt. Bei den Beratungen über das Gesetz im Reichstage
wie später bei seiner praktischen Durchführung wird eine
jeden im Verlage von C. Heinrich in Dresden N 6
unter obigem Titel erschienene Schrift nützbringende Dienste
leisten, die einen bekannten Praktiker der Arbeitsvermittlung,
den Direktor der Berliner städtischen Arbeitsnachweise, zum
Verfasser hat. Die Schrift zerfällt in 8 Teile, behandelt im
ersten die Einrichtung der 28 Fachabteilungen des Berliner
städtischen Arbeitsnachweises, darunter einer solchen für das
Maler- und Lackierergewerbe im allgemeinen,

wendet sich im zweiten Teil der Beschreibung ihrer besonderen
Aufgaben und Ergebnisse zu und nimmt im dritten Teil zu
den gegenwärtig viel erörterten Zeit- und Streitfragen zur
Organisation der Facharbeitsvermittlung Stellung, dabei
auch die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises berührend.
Da die Schrift sich von unfruchtbareren theoretischen Er-
örterungen fernhält und aus der Praxis für die Praxis
geschrieben ist, kann allen Reichs-, Staats- und Gemeinde-
behörden, vor allem aber den Hauptinteressenten, den
deutschen Arbeitsnachweisen und Organisationen
der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die Anschaffung
des Werkes angelegentlich empfohlen werden.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Taschenbuch. Heraus-
gegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten,
Praktikern und Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und
Parteien. Volkerverlag für Wirtschaft und Ber-
kehr in Stuttgart, Preis 9 M. Das in Taschenformat
gebundene Büchlein enthält ein so überaus reichhaltiges über-
sichtlich dargestelltes Material über Geld- und Finanzwesen,
Steuerwesen, Eisenbahnwesen, Wirtschaftssystem, gewerkschaft-
liche und politische Organisationen, Verfassungsfragen, Arbeits-
recht, Tarifverträge, Koalitionsrecht, Versicherungsgesetzgebung,
soziale Fürsorge, Sozialversicherung, Valutafrage, Rentenwesen,
Schlagwörter des Tages usw., daß es für alle diejenigen,
die im öffentlichen Leben stehen, ein unentbehrlicher Berater
sein wird. Wir können die Anschaffung nur empfehlen.

Arbeiterjugend und sexuelle Frage. Von Hans
Sachmac. 2. verbesserte Auflage. Verlag „Freiheit“ e. G. m. b. H.,
Berlin O 2, Breite Straße 8/9. Preis 2,50 M. Eine ausge-
zeichnete Broschüre, die jeder Jugendliche lesen sollte.

Die unabhängige Sozialdemokratie und die Be-
amten. Von Wulfe Bieh. Herausgegeben vom Zentral-
komitee der USPD. Verlag „Freiheit“, Berlin O 2, Breite
Straße 8/9. Preis 1 M.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Ver-
breitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus.
Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für
sozialpolitische Lebenskultur, Postfach, Dett 6. Inhalt: Religion,
Kunst, Sozialismus. Religion des Sozialismus und Un-
sterblichkeit. Das Wachen der Gewerkschaftsseele. Gemüt und
Leben: Die Not der Kindesseele. Die Seele des Volkes: Es
werde Erde! Das Abonnement auf die Nummern 4-6 kostet
2,40 M. und 30 A. Porto.

„Valuta-Crisis und Friedensvertrag“ von Dr. Henry
Behnen und Dr. Werner Gensmer, zweite neu be-
arbeitete Auflage, (d. bis 20. Laufend), Verlag von Felix
Weiner, Leipzig, 96 Seiten, Preis 5 M. In rein wirtschaftlicher
Untersuchung gibt die Schrift einen Maßstab für die Wirkungen
der Friedensbedingungen der Entente auf die deutsche Volkswirtschaft
besonders auf den Außenhandel, die Reichsfinanzen
und das Geldwesen. Gerade im Hinblick auf die Pariser
Ententebeschlüsse mit ihrem unläßbaren Widerspruch, daß sie
von Deutschland wirtschaftliche Leistungen fordern, die gleich-
zeitig unsere Leistungsfähigkeit zerstören müssen, wird die mit
großer Sachkenntnis verfaßte Schrift allen, die im praktischen
Leben stehen, manche Anregungen und neue Gesichtspunkte
zur Beurteilung unserer Lage geben.

Die Woche vom 20. bis 26. Februar 1921 ist die
8. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Wpolda. Am 26. Januar starb unser Kollege Hermann
Günther im Alter von 29 Jahren.
Berlin. Am 30. Januar starb der Kollege Otto Buthle,
geboren am 31. April 1888 in Berlin.
Dresden. Am 20. Januar starb infolge Unglücksfalles unser
Kollege, der Maler Rob. Hoffmann, im 42. Lebensjahre.
Chemnitz. Am 21. Januar starb der Kollege Wilhelm
Fuchs, geboren am 2. Januar 1880 in Webel.
Ehre ihrem Andenken!

Ar. 8 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

Fittalangestellter gesucht.

Za der bisherige Angestellte in den Kommunalämtern übertrifft
sucht die Fittale Wiesbaden und Umgebung zum abgabigen Antritt
einen Fittalangeestellten. Bewerbungen müssen bis zum 6. März 23, 1
an das Bureau der Fittale Wiesbaden, Beilr. Nr. 49, mit
Ausschrift „Bewerbung“ eingeleitet sein.
Die Bewerbung muß enthalten genaue Angaben über Beruf,
Ausbildung, Tätigkeit zum Verbands- und die bisherige Tätigkeit in demselben,
sowie einen selbstgeschriebenen Auftrag über die Aufgaben eines Fittal-
angeestellten. Die Bewerber müssen mindestens 10 Jahre unterm
Band angehört, rednerische und agitatorische Fähigkeiten besitzen sowie
mit allen Verwaltungsarbeiten vertraut sein. Es können nur Bewerber
in Betracht kommen, die den gestellten Anforderungen entsprechen.
Die Fittalverwaltung Wiesbaden.

Lächlicher
Maler- und Anstreicherhilfe,
in Seimfarbe und Tapetieren durch-
aus bewandert, für sofort gesucht.
Kost und Wohnung im Hause.
Offerten mit Lebenslauf und
gehend erbeten an
Adam Zerrmann, Malermeister,
Rien a. d. Nahe, Bahnhof 1.

Die Zeit erfordert Kofte
Wertezeuge, ich
kauf mit solchen dienen in Durch-
stichtstafeln, Zuspinsteln, Strähnen-
tupfern, Glühlumentupfern, Ge-
webetupfern, verstellbar, Schwamm-
rollen, auswechselbar, Stupf-
rollen für Decken, grob und fein usw.
Schablone hochmodern. Vor-
lagen von Rosen und Blumen-
frieseen nebst einfachem Muster-
buch nur bei Bedarf zur Ansicht.
F. Haasler, Orbenheim-Wiesbaden.
Postfachamt, Frankfurt a. M. 20227.

Wilhelm Walter
Öle, Lacke, Leime
Wichtige Bezugsanstelle für
Maler und Lackierer.
Samstag, Parteiliche 72.
Geschäftszeit von 2 bis 6 Uhr.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen
Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann,
ab Beschäftigungstafel, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich le
fort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-
malereien sowie auch zur Herstellung von Plakatmalereien aller Art
finden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann seine
die sauberen Glas- und Plakatalerolen herstellen. Besonders
wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatalerolen, die
etwas ganz Neues und wirklich Vorzügliches sind. Ganze Serie Buch-
stabenpausen, bestehend aus 16 Doppelschablonen (jedes Alphabet 20 groß
und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten) und in 2 ver-
schiedenen Höhen von 1 1/2 bis 3 cm) sowie Rahmen, Seiten- und Ver-
zierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Kristallglas im
Werte von allein 2,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen
Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der
platten Serien nur 21 M. gegen Nachnahme.
Albin Katzmacher, Maler, Bilden im Rheinland.

Emalleweiß
f. innen u. außen, 20 A. p. kg
Firniseratz,
extrahell 10 A. p. kg
Probekannen von 1 1/2 u. 5 kg
Inhalt gegen Nachnahme.
Chemische Fabrik
Rud. Oehke,
Berlin SO 101,
Lübbener Strasse 1,
Telephon: Moritzplatz 1709.

Jeder Kollege
bekommt sofort einen Probekann
„Der Dekorationsmaler“
3 farbige Folie mit 12 feinen
Farbentafeln. Preis 6 M. bei
einführung des Bezuges.
Gurlen-Verlag, München 21.

Tetralin, ein deutsches Lösungsmittel von stets
gleicher Beschaffenheit, billig in der Verwendung
zum Lösen, Verdünnen, Abwaschen usw., usw.
Auskunft erteilt Tetralin G. m. b. H., Berlin W 8.



Zeilschuldverschreibungen

der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mark

Berzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der
Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52